

MARTIN SCHULZ

Mitglied des Europäischen Parlaments

popUp

[← schließen](#)[→ drucken](#)

06.10.2004

Eine Chance für die Türkei

Martin Schulz und die SPE Fraktion wollen Checkpunkte für Beitritt

SPE-Fraktion: Vier Checkpunkte für Türkei-Beitrittsverhandlungen
 Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament wollen für die Dauer der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei vier Checkpunkte fordern. Die Fraktion erklärte, die Verhandlungen würden ungewöhnlich lang und äußerst schwierig, es müsse daher ein unabhängiger Mechanismus eingerichtet werden, anhand dessen die Einhaltung einiger Kriterien durch die Türkei, darunter die Respektierung der Menschenrechte und des Rechtsstaats, überprüft werden könne. In einer gemeinsamen Erklärung dazu sagten der SPE-Fraktionsvorsitzende Martin Schulz und der für die Türkei-Politik verantwortliche stellvertretende SPE-Fraktionsvorsitzende Jan Marinus Wiersma : Wir sind für die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei - und wir weisen jegliche Andeutung zurück, dass ein großes muslimisches Land nicht EU-Mitglied werden kann. Wir heißen daher die Bereitschaft der EU-Kommission willkommen, mit den Verhandlungen zu beginnen. Das bedeutet aber, dass die türkische Mitgliedschaft in der EU riesige Auswirkungen auf alle unsere Länder haben wird. Der Beitritt der Türkei wird die EU so stark umkrempeln wie nie zuvor in ihrer Geschichte. Wir müssen daher mit Sorgfalt in die Gespräche gehen und detaillierte Schutzmechanismen in den Verhandlungsprozeß einbauen. Die von der SPE-Fraktion geforderten vier Checkpunkte lauten wie folgt : * Regelmäßige Überprüfung sowie Berichterstattung vor dem Europäischen Parlament über die Fortschritte der Beitrittsverhandlungen, * klare Verständigung darauf, dass die Eröffnung der Gespräche nicht automatisch den Beitritt nach sich zieht, * offene Anerkennung der Tatsache, dass die Gespräche suspendiert werden können, wenn Beschlüsse nicht umgesetzt oder grundlegende Kriterien für die EU-Mitgliedschaft nicht befolgt werden, * lange Übergangszeiten müssen in jegliches Beitrittsabkommen eingebaut werden, um die Bewegungsfreiheit für türkische Arbeitnehmer sowie den Zugang der Türkei zu EU-Mitteln in der Agrar- und Sozialpolitik hinaus zu zögern. Die auf dem Spiel stehenden Fragen sind von solch übergeordneter Bedeutung, dass die SPE-Fraktion beschlossen hat, eine eigene Bewertung der Entwicklungen in der Türkei vorzunehmen, erklärten Martin Schulz und Jan Marinus Wiersma weiter. Wir werden daher eine besondere Beobachtungs- und Kontaktgruppe für die Türkei einrichten, die aus erfahrenen Fraktionsmitgliedern bestehen wird. Diese Gruppe wird die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in der Türkei permanent verfolgen. Die beiden SPE-Politiker kündigten abschließend an, noch vor der Entscheidung des EU-Gipfels im Dezember 2004 zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen werde die SPE-Fraktion eine Delegation zu Gesprächen mit Regierungsvertretern, politischen Führungspersonlichkeiten sowie Vertretern von Menschenrechtsorganisationen und der Zivilgesellschaft in die Türkei entsenden.

[← schließen](#)[→ drucken](#)